

10. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

5. März 1952

414/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. S t ü b e r und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend Vereinfachung der Steuervorschriften.

.-.-.-.

Durch die zahlreichen Abänderungen der Steuergesetze und der anderen steuerlichen Zwecken dienenden Vorschriften ist eine Unübersichtlichkeit der gesamten Rechtsmaterie entstanden. Hiedurch wird die Gleichmäßigkeit der Rechtsanwendung gefährdet, die Veranlagung entgegen den Interessen des Staates und der Steuerpflichtigen gehemmt, diese selbst werden in der Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche beeinträchtigt.

Dadurch, daß diese Vorschriften verschiedenen Rechtsstufen angehören, die in verschiedenem Maße Rechte und Verpflichtungen begründen, ohne daß dies aus ihrer äußeren Fassung erkennbar wäre, wird die ohnedies schon bestehende Rechtsunsicherheit weiter verschärft.

Wir unterzeichneten Abgeordneten richten an den Herrn Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e:

1. Ist der Herr Bundesminister bereit, eine Zusammenfassung der geltenden steuerrechtlichen Vorschriften durch Wiederverlautbarung in Gesetzen und Verordnungen sowie durch Erlassung von Veranlagungsrichtlinien, die dem gegenwärtigen Stande entsprechen, zu veranlassen?
2. Was gedenkt der Herr Bundesminister zu tun, um die ihm untergeordneten Dienststellen in allen Fällen zur genauen Beachtung der gegebenen Verwaltungsanweisung zu veranlassen?
3. Ist der Herr Bundesminister bereit, zu erklären, daß er jeder Aufsichtsbeschwerde stattgeben wird, in der die Nichtbeachtung von Verwaltungsanweisungen zuungunsten von Steuerpflichtigen nachgewiesen wird?

.-.-.-.